

Mal wieder ein Flop der Stadt Velbert!

Nachdem wir wiederholt darauf hingewiesen haben, dass der denkmalgeschützte Pavillon auf dem Heckingschen Gelände nach Verkauf der Flurstücke 281 und 283 in Langenberg wiederaufgebaut werden sollte, kam – oh Wunder jetzt erst – eine etwas seltsame Erklärung der Verwaltung. Auf einmal wurde darauf hingewiesen, dass der seinerzeit denkmalgeschützte Pavillon nicht mehr existiert. Im Rahmen der damaligen Bauarbeiten wurde der Pavillon abgerissen und nicht wie geplant abgetragen. Folglich wurde auch keine Bausubstanz mehr eingelagert. Dies ist wieder mal ein Zeichen für die Unfähigkeit in Teilen der Verwaltung. Wieso ist niemand auf die Idee gekommen, wenn keine Bausubstanz mehr eingelagert werden konnte, wo diese denn geblieben ist? Damals hätte man die bauausführende Firma vielleicht noch in Regress nehmen können, aber leider nicht mehr Jahre später.

Da kann man nur wieder sagen: „Gut gemacht!“ Da sich die Stadt Velbert aber damals bei den Kaufverträgen zu dem Grundstück verpflichtet hat, sich an den Kosten für die Restaurierung des Pavillons mit 25.000 Euro zu beteiligen und der Käufer sich ebenfalls mit 25.000 Euro beteiligen wollte, stehen jetzt zur Wiedererrichtung 50.000 Euro zur Verfügung. Wir erwarten, dass schnellstens Kostenvoranschläge für einen kompletten Nachbau nach alten Plänen eingeholt werden. Vor allem bei Velberter Dachdeckerunternehmen sollte auch nachgefragt werden, da die schon einmal geholfen haben. Danach kann man entscheiden, wie man weiter vorgeht.

Sich jetzt schon Gedanken zu machen, diese 50.000 Euro zur Errichtung von Werbeträgern wie beispielsweise Litfaßsäulen zu verwenden, halte ich für sowas von daneben. Liebe Verwaltung, wenn ihr schon mal wieder geschlafen habt, lasst wenigstens die Langenberger Bürger und den Langenberger Bezirksausschuss entscheiden, was mit dem Geld passieren soll. Ich persönlich denke nicht, dass dieses Geld im Velberter Haushalt verschwinden soll.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 23.01.2017

Abzocke ohne Konsequenzen?

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Herr Rainer Wendt, ließ sich viele Jahre vom Land NRW Beamtensold bezahlen, ohne als Polizist zu arbeiten. Dies geschah mit Billigung des NRW-Innenministeriums. Wird so mit unseren Steuergeldern umgegangen?

Nicht nur das Vorgehen von Herrn Wendt ist eine Unverschämtheit, sondern auch die ausbleibende Reaktion der Landesregierung. Wie kann so etwas möglich sein?

Herr Wendt hat zwar jetzt einen Antrag auf vorzeitigen Ruhestand für den Polizeidienst gestellt, will aber als Bundesvorsitzender der Polizeigewerkschaft weiter arbeiten.

Ich finde, so geht es nicht. Nicht nur, dass er sich durch jahrelange unberechtigte Bezahlung als Polizist eine höhere Beamtenpension erarbeitet hat, er scheint sein Fehlverhalten auch nicht zu erkennen.

Lieber Herr Wendt, bitte legen Sie auch Ihr Amt bei der Gewerkschaft nieder und überlegen Sie mal, ob es nicht normal wäre, die widerrechtlich erhaltene Besoldung zurückzuzahlen.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 05.03.2017

Mal wieder eine gute Idee gehabt aber leider nicht zu Ende gedacht

Das Land NRW beschließt eine zusätzliche Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende im Stadtrat in Höhe von 290,- Euro monatlich. So kommen für unseren Haushalt schnell über 51.000 Euro im Jahr zusammen. Geld, das wir an anderer Stelle wieder einsparen müssen. Es kann nicht sein, dass wir anderswo kürzen und hier Geld rausschmeißen. Ich möchte dies auch begründen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zum Beispiel im Jahr 2016 nur zweimal getagt. Der Kulturausschuss dreimal. Hier von einem erhöhten Arbeitsaufwand der Ausschussvorsitzenden zu sprechen, ist einfach lachhaft. Herr Münchow erklärte noch, er hätte bei der Erstellung dieses Runderlasses des Landes mitgearbeitet. Schade, er hätte es besser wissen müssen.

Dies ist wieder ein Schnellschuss, der nicht zu Ende gedacht wurde, wie vieles hier in NRW. Da es sich hier um einen Runderlass des NRW-Innenministeriums zum Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung handelt, mussten wir leider mit starken Bauchschmerzen zustimmen. Dies tat richtig weh. Wir werden aber ein offenes Auge darauf werfen, wo die Verwaltung dieses zusätzliche unnütze Geld hernehmen wird.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 09.03.2017

Dafür haben uns unsere Wähler nicht gewählt

Zum Artikel in der WAZ „Bölls Gegenkandidaten hatten keine Chance“.

Unsere Wähler erwarten von uns, dass wir erstens dafür sorgen, dass die qualifiziertesten Bewerber bei uns in der Verwaltung für Velbert arbeiten und dass wir zweitens dafür sorgen, dass nicht unnötige, finanzielle Mehrbelastungen auf die Bürger zukommen. Beides ist im Moment nicht möglich, da der Verdacht entstanden ist, dass es Absprachen zwischen CDU und SPD gegeben hat, die nicht nur den Ausgang der Dezernentenwahl beeinflusst haben könnten. Schon nach der Bürgermeisterwahl, als der ungeeignetste Kandidat Fachbereichsleiter wurde, war dies abzusehen. Es ging weiter bei der Abwahl des Dezernenten Richter, mit der Zielsetzung diesen Posten frei zu bekommen.

Wir haben an dieser Abwahl nicht teilgenommen, weil wir der Meinung waren, dass das Ergebnis schon vorher feststand. Bei der dadurch nötig gewordenen Neuwahl eines Dezernenten haben wir geheime Wahl beantragt, um auch den Mitgliedern der anderen Fraktionen die Möglichkeit zu geben, für den am besten geeigneten Kandidaten für Velbert zu stimmen und nicht nach Absprachen wählen zu müssen. Dies ist leider wieder nicht gelungen. Schade, dass Bewerber außerhalb der eigenen Reihen schon im Vorfeld keine Chancen haben.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 16.03.2017

Ansgar Bensch

Für uns alle unfassbar, haben wir heute die Nachricht erhalten, dass unser 1. Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Velbert, Ansgar Bensch, bei einem Verkehrsunfall am 02.05.2017 aus dem Leben gerissen wurde.

Nun müssen wir von einem solch außergewöhnlichen Menschen Abschied nehmen.

Ansgar Bensch hat seine ganz persönliche Note bei der Stadt Velbert hinterlassen. Sein Handeln wird weiter wirken. Für uns hat diese Welt nun einen beeindruckenden Menschen weniger.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir wünschen viel Kraft für die bevorstehende, schwere Zeit, diesen schmerzlichen Verlust zu verarbeiten.

In tiefer Betroffenheit
Die Mitglieder der UVB
Velbert, 03.05.2017

Martin Sträßer besucht die UVB



Besuch des CDU Landtagskandidaten Martin Sträßer (2. von rechts) in der UVB Geschäftsstelle Velbert. Herr Sträßer stellte sich uns vor und beantwortete alle ihm gestellten Fragen zur Schulpolitik, innere Sicherheit usw. Wir danken für den informativen Besuch.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 09.05.2017

Wann kommt eine grundlegende Reform des Ladenschlussgesetzes?

Viermal im Jahr sollten Geschäfte bisher sonntags für uns Kunden da sein dürfen. Für jeden, der sich ehrenamtlich für seine Stadt einsetzt, ist das VERDI–Verdikt ein großer Rückschlag. Wir bemühen uns, eine positive Entwicklung anzustoßen und das wird von VERDI einfach kaputt gemacht. Man hat den Eindruck VERDI will aus Prinzip mit dem Kopf durch die Wand. Werbegemeinschaften mussten aufwändig geplante Sonntagsöffnungen oft kurzfristig wieder absagen und anfallende Kosten in den Wind schreiben. Die Gewerkschaft VERDI konnte erfolgreich auf einen höchstrichterlich geforderten Anlass neben der eigentlichen Geschäftsöffnung als Voraussetzung für die Ausnahme von Sonntagsöffnung pochen.

Die von Schwarz–Gelb ausgeweitete Sonntags–Öffnung von vier auf acht Sonntage ist zwar der richtige Weg, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich bin der Meinung wir brauchen eine grundlegende Reform des Ladenschlussgesetzes, damit klar wird, wie und womit geplant werden muss. Die Leerstände in Velbert, Neviges und Langenberg, zeigen uns, dass es wenig Sinn hat, den Händlern immer neue Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Liebe Gewerkschaft VERDI, hört auch aus Verantwortung und Respekt gegenüber dem Handel, den Verkäuferinnen und Verkäufern und uns mündigen Bürgern mit dem Unsinn auf. Wie viel Zeit soll noch sinnlos verplempert werden, um König Kunde am Gängelband zu führen?

Niemand ist der Ansicht, dass die Sonntagsarbeit eine unzumutbare Belastung für Krankenhaus– und Pflegepersonal, Feuerwehren, Polizei und Dutzende anderer Schichtdienst–Berufe darstellt. Wir alle sind dankbar für die ständige Präsenz und viele Schichtdienstler schätzen gerade die Flexibilität von Schichtdienstmodellen, in denen auch freie Wochentage für die Angestellten Möglichkeiten zum eigenen entspannten Einkaufsbummel bieten oder auch notwendige Amtsgänge ermöglichen. Darüber hinaus kann ein eingeführtes Schichtdienstmodell gerade im Einzelhandel auch ein Anreiz für zusätzliches Personal sein, was wiederum dem Arbeitsmarkt zugutekommt.

Wenn den Kunden endlich wieder eine Alternative zum entspannten Onlinekauf am Sonntag geboten werden soll, muss sich die Politik dem bornierten Diktat ewig gestriger Gewerkschaftsmodelle endlich widersetzen und kann sich einem grundlegenden Wandel nicht entziehen, sonst bleiben die Innenstädte weiterhin leer und die Verödung der Einkaufszonen setzt sich ungehindert fort.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 18.06.2017

Ramadan Fest auch in Velbert

Ab Sonntag, 25. Juni 2017 feiern die Muslime in der Welt und auch bei uns in Velbert ihr „Ramadan“ Fest – vielleicht unter dem Begriff Zuckerfest in der Mehrheitsgesellschaft besser bekannt. Dies ist der Abschluss des Fastenmonats Ramadan. An diesen Tagen die vergleichbar sind mit dem Weihnachtsfest der Christen wird gefeiert und es werden Besuche innerhalb und außerhalb der Verwandtschaft abgestattet. Das Fest ist ein Fest des Friedens und Versöhnung.

Diese Tage werden auch genutzt, entstandene Probleme abzubauen und wieder zueinander zu finden. Mögen diese Tage auch in Velbert dazu dienen auch das Zusammenleben zwischen Christen und Muslime positiv zu befruchten. Eine große Mehrheit von Christen und Muslimen in Velbert wünschen sich ein friedliches und engeres Zusammenleben mit Respekt und Toleranz. In diesem Sinne wünschen wir unseren muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein frohes Ramadan Fest.

Cem Demircan
Stellv. Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 25.06.2017

Was stimmt denn nun?

Am 08.12.2015 hatten wir im Rat der Stadt Velbert beschlossen, im Gebäude der Hardenbergschule in Velbert-Neviges einen Teilstandort [der Hauptschule Martin-Luther-King-Schule](#) einzurichten. Die Entscheidung wurde getroffen, da nach endgültiger Auflösung der Hardenbergschule zum 31.07.2016 die verbleibenden Schüler der Jahrgänge 8 bis 10 mangels fehlender Raumkapazitäten an der Martin-Luther-King-Schule nicht in Velbert-Mitte beschult werden könnten.

Am 13.04.2016 teilte die Schulleitung der Martin-Luther-King-Schule dann mit, dass die Dependance-Lösung des Gebäudes Hardenbergschule nicht in Anspruch genommen werden brauchte. Also zogen die Schüler aus Neviges nach Velbert-Mitte.

Jetzt stellt die Schulleitung der Martin-Luther-King-Schule auf einmal fest, dass nicht mit einem Rückgang, sondern mit einer Steigerung der Schülerzahlen zu rechnen sei und man fordert die Stadt auf, mehrere Container auf dem Parkplatz an der Martin-Luther-King-Schule zu stellen. Aus Kostengründen kam jetzt die Dependance Lösung mit der Hardenbergschule in Neviges wieder ins Gespräch.

Aber – oh Wunder – von der Verwaltung wurde uns auf einmal mitgeteilt, dass plötzlich und unerwartet aus Brandschutzgründen ein Umzug nach Neviges nicht mehr in Frage käme und Teile der Schülerschaft dann besser in der Lindenstraße in Velbert-Mitte unterzubringen wären. Dadurch würden sowohl Busfahrten einiger Schüler von Velbert nach Neviges entfallen und die Lehrer müssten auch nicht pendeln, was bei einigen von diesen am Anfang schon auf Widerstand stieß.

Jetzt müssen wir uns allerdings fragen, was sind die wahren Gründe? Hat man in 1,5 Jahren die Hardenbergschule in Neviges so vergammeln lassen, dass jetzt auf einmal gravierende Mängel auftreten, oder hat man nur Angst davor, dass sich einige Eltern und Lehrer jetzt über den längeren Weg aufregen? Es wäre schön, wenn eine stichhaltige Erklärung stattfinden könnte, denn in der Ratsvorlage ist von Brandschutzmängeln keine Rede mehr.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 25.06.2017

Unmögliches Verhalten der Verwaltung

Ohne auf die Ergebnisse der Sitzung des Schulausschusses zu warten, gaben der Bürgermeister Herr Lukrafka und der Dezernent Herr Böll eine unnütze Presseerklärung heraus, mit dem Tenor, vorerst keine zweite Gesamtschule in Velbert errichten zu wollen. Gott sei Dank läuft es nicht immer so, wie es sich verschiedene Verwaltungsmitglieder wünschen. In der Schulausschusssitzung vom 13. Juli 2017 beschlossen die Mitglieder nach jahrelangem hin und her, dass die Verwaltung **jetzt den Bau einer neuen Gesamtschule kurzfristig prüfen solle**. Bei 4 Gegenstimmen der CDU wurde dies mit großer Mehrheit beschlossen. Bei diesem Beschluss stehen die Kinder im Mittelpunkt, denn deren Wohl sollte uns allen am Herzen liegen und nicht, dass es Geld kostet und die Verwaltung dadurch Mehrarbeit bekommt. Auch der Einwand von Herrn Böll, dass er ja auch noch Urlaub hätte, kann die Verwaltung ja wohl kaum an ihrer Arbeit hindern.

Der Schulausschuss ist der Meinung, dass man in der Heinrich-Kölver-Realschule mit der Einschulung der Kinder, die in eine Gesamtschule möchten, problemlos beginnen könnte und dann später die Martin-Luther-King Schule als Dependence dazu nehmen könnte. Wir unterstützen diesen Vorschlag und hoffen, dass die Verwaltung jetzt einmal zügig arbeitet und mit den beteiligten Schulträgern kurzfristig eine Lösung findet und nicht mal wieder weitere Entwicklungen abwartet.

Der Meinung zu sein, dass die prognostizierten steigenden Schülerzahlen (Bertelsmann Stiftung) auf Velbert nicht zutreffen, obwohl viele Neubaugebiete hinzugekommen sind und noch hinzukommen werden, stößt bei uns auf Kopfschütteln. Wir wollen und brauchen eine zusätzliche Gesamtschule, damit wir den Kindern endlich eine zusätzliche Schulform anbieten können.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 14.07.2017

Wunderwerk der Schülerzahlen

Das Schulwesen ist eine gemeinsame Aufgabe von Land und Kommune und ist in der Landesverfassung verankert. Bildung und Erziehung gehört zu den zentralen kommunalen Aufgaben. Im Rahmen der Weiterentwicklung ist es eine zentrale Pflichtaufgabe der Kommunen die Bedürfnislage der einzelnen Schulformen im Blick zu haben.

Deshalb kann es nicht so weiter gehen, dass wie in diesem Jahr 141 Schülerinnen und Schüler in die Nachbargemeinden abwandern.

Gleichzeitig finden wir es sehr befremdlich, wenn 15 Einpendler aus den umliegenden Städten unsere Gesamtschule in Velbert – Mitte besuchen und unsere Kinder aus Velbert abgelehnt werden.

Die Anmeldezahlen, die die Stadt Velbert zur Verfügung stellt, sind mal wieder so zusammengefasst, dass man nur noch von einem Wunderwerk der Schülerzahlen sprechen kann, denn es ist ein heilloses Durcheinander.

Wir fordern die Verwaltung auf, endlich mal im Sinne unserer Velbert Schülern zu handeln.

Sandra Böhm
Mitglied im Schulausschuss
Velbert, 26.08.2017

Einige Gedanken zur Bundestagswahl 2017

Na, da hängen sie wieder, an Laternenmasten, Geländern und Zäunen, die Plakate, welche davon künden, dass demnächst eine Wahl ansteht. Dieses Mal eine Bundestagswahl.

Wenn man sich etwas mit den Plakaten auseinandersetzt, stellt man fest, da gibt es welche auf denen werden wie seit etwa 50 Jahren die gleichen Forderungen oder Parolen aufgezeigt. Dann gibt es welche, auf denen werden Versprechungen gemacht und es wird angekündigt was eine Partei „XYZ“ in den nächsten Jahren vorrangig als ihre politischen Ziele ausgibt.

Suggestion

Verwirrung stiften jedoch Plakate, die mit dem Konterfei von Personen versehen sind und für einen Sitz im Bundestag werben, die vor Ort, also zum Beispiel hier in Velbert, aber überhaupt nicht gewählt werden können. Denn es sind keine Wahlkreiskandidaten, die sich um die Direktwahl im hiesigen Wahlkreis bewerben können und davon gibt es in der Bundesrepublik immerhin 299 Stück (Wahlkreise). Sie können auch nicht von uns Bürger bei der Zweitstimmenabgabe über eine Landesliste gewählt werden, da bei der Aufstellung der 16 Landeslisten kein normaler Bürger ein Mitspracherecht und auch überhaupt kein Mitwahlrecht hat. Ausschließlich ausgesuchte Mitglieder der jeweiligen Parteien haben das uneingeschränkte Vorschlags- und Wahlrecht, wer auf der Landesliste steht und an welcher aussichtsreichen Stelle für einen Sitz im Deutschen Bundestag. Auch die beiden „Kanzlerkandidaten“ können nur von den in ihrem Wahlkreis wohnenden Bürgern direkt gewählt werden. Das sind so etwa jeweils um die zweihundert- bis zweihundertfünfzigtausend Wahlberechtigte. Obwohl es anders so irgendwie immer wieder dem unbedarften Wähler suggeriert wird, er hätte eine direkte Entscheidungsmöglichkeit für die Kanzlerwahl. In ihrem Wahlkreis können die Kandidaten aber auch nur zum Mitglied des Bundestages, also der Legislative gewählt werden.

Offiziell ist für die Kanzlerwahl zunächst der Bundespräsident zuständig, denn dieser hat ein Vorschlagsrecht und erst dann kann das Parlament, also der gewählte Deutsche Bundestag, den Kanzler oder die Kanzlerin mit absoluter Stimmenmehrheit wählen. Alles dieses ist im Grundgesetz unter §63 festgelegt.

Wenn man dann bei Wikipedia etwas nachschaut erfährt man: „Der Bundeskanzler wird als Organ der Exekutive durch den Bundestag einem Organ der Legislative gewählt“. Und weiter „Der Bundeskanzler hat die Richtlinienkompetenz und bestimmt die Grundzüge der Politik“. Nicht etwa das Volk, denn irgendwie hat man doch im Hinterkopf, da war doch irgendetwas mit „Demokratie“ oder demokratischer Gesellschaftsordnung – aus dem Griechischen abgeleitet – wie Volksherrschaft?

Aber das kann man alles vergessen, denn es kommt noch besser. „Dem Bundeskanzler ist es vorbehalten sein Kabinett zu bilden und die Bundesminister zu bestellen“. Das ist so noch in Ordnung, aber dann: „Dadurch, dass die Bundesregierung Gesetzentwürfe in den Deutschen Bundestag einbringen und zu Gesetzentwürfen des Bundesrates Stellung nehmen kann und die Mitglieder der Bundesregierung zugleich auch Mitglieder des Bundestages sein können, hat die Regierung, die Exekutive, Einfluss auf ihre „Kontrollorgane“, die Legislative“. Mit anderen Worten, die Regierung und die Bundeskanzlerin kontrollieren sich selbst!

Wie ist das nun wohl mit der Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative gemeint?

Eigentlich ist das nichts neues, denn unser Grundgesetz haben wir bereits schon über 65 Jahre lang. Aber nur wenn einmal wieder Wahlen anstehen, macht man sich Gedanken über das, was man nun eigentlich wählen soll – eben nur ein gezähmtes Parlament. Denn die Politik bestimmt die Bundeskanzlerin und nicht das Volk oder in dessen Vertretung ein gewählter Bundestag.

Ein gutes Beispiel bietet sich derzeit im Land Niedersachsen, dort hat eine Abgeordnete die Fraktion gewechselt und schon wird das Landesparlament, der Landtag, aufgelöst. Nicht etwa, weil das Parlament nicht mehr funktionsfähig wäre, nein, sondern ganz einfach weil nicht mehr der Zweck erfüllt wird, der dem Parlament von der Landesregierung und von dem Ministerpräsidenten zugedacht ist.

Gewählt werden eigentlich nur Minderheiten.

Wenn wir uns jetzt weiter über die Bundestagswahlen Gedanken machen, die dem Steuerzahler, wie in der Presse verlautbart wird, in diesem Jahr rund 92 Millionen Euro kosten werden, erfährt man, dass in NRW 42 Parteien auf den Wahlscheinen stehen werden. In anderen Bundesländern sind es mehr oder weniger. Deutschlandweit stellen sich über 60 Parteien zur Wahl. So viele wie noch nie in der Vergangenheit.

Wenn man auch erwarten kann, dass etwa 35 dieser hier zur Wahl stehenden Parteien für den Wahlausgang keine Bedeutung haben werden (die fünf Prozent-Klausel steht dagegen), wird die Wahrscheinlichkeit auch sehr hoch sein, dass, wie in den vergangenen letzten Jahren, keine der deutschlandweit verbleibenden sieben oder acht Parteien eine Zustimmung durch die Wähler von mehr als 50 Prozent erhalten werden. Egal welche Partei dann die meisten Wählerstimmen für sich verbuchen kann und dann mit dem Kandidatenvorschlag für die Kanzlerwahl und der Regierungsbildung rechnen darf, es wird eine Minderheit sein.

Wird zwischen einigen Parteien zur Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit (die sogenannte Kanzlermehrheit) eine Koalition vereinbart, so sind darin eben mehrere Minderheiten vereinigt.

Auch hierzu wieder die große Frage, wie steht es mit der Demokratie, die neben freien Wahlen ganz besonders für ein Mehrheitswahlrecht steht?

Wie heißt es auch so schön: „Demokratie ist eine Gesellschaftsform für Erwachsene, die gelernt haben mit Defiziten umzugehen“.

Auf jeden Fall dürfen wir davon ausgehen, dass die alten und größeren Parteien alles daran setzen werden von dem „Kuchen“ der ca. 600 Abgeordnetenplätze im Bundestag das größere Stück zu gewinnen. Dabei kommt es überhaupt nicht darauf an, wie hoch die Wahlbeteiligung der ca. 61 Millionen Wahlberechtigten ist. Zum Sieg kann eine einzige Stimme mehr ausreichen, als sie der potentielle Gegner, die Partei mit dem zweitbesten Wahlergebnis, hat.

Bezüglich der Wahlbeteiligung kann man eine Prognose stellen, je gleichartiger die Partei- und Wahlprogramme der einzelnen Parteien sind, entsprechend verläuft der Wahlkampf ruhiger, eher schleppend und veranlasst die Wähler zur Abstinenz von der Wahl. Jedoch je kontroverser die Wahlprogramme sind, steigt auch die Wahlbeteiligung. Der Antritt einer neuen Oppositionspartei könnte die Wahlbeteiligung steigern helfen.

Effektive Strategien

Über 150 Jahre parlamentarische Demokratie haben eben ihre Spuren hinterlassen. Wer genau hinschaut merkt, die Parteien haben sich für den Wahlkampf Strategien einfallen lassen, indem Sentimentalität sachbezogene Argumente ersetzt.

Mit Stimmungen hebt man Fakten aus, mit Appellen an Gefühle werden alle Debatten über Fakten diskreditiert. Wahlkampf verkommt zu einer Glaubensveranstaltung, denn die Wahlstrategen in den Parteien wissen: „Entscheidend ist, dass der Wähler fest glaubt, was die Parteien versprechen“.

Eine Devise lautet: „Wir die Elite, müssen dem Volk sagen, was es meinen soll. Und dann tun wir das, was das Volk meint“. Und besonders, Parteien wollen immer dann etwas durchsetzen, wenn sie vor einer Wahl stehen, aber in all den Jahren in denen sie an den Machthebeln standen, genau das nicht gemacht haben.

Weitere Wahlkampftechniken sind, Sachverhalte und Zusammenhänge „unsichtbar“ zu machen, indem ganz andere Fakten hervorgehoben und akzentuiert werden und somit Informationslücken entstehen, oder indem man Problembereiche, die den Menschen förmlich unter den Nägeln brennen total aus allen Diskussionen ausgeblendet werden. Siehe die aktuelle Willkommenskultur.

Eine ganz perfide Methode wird angewendet, wenn man die Wissenschaft bemüht, nach dem Motto: „100 Wissenschaftler können doch nicht irren, wie willst Du kleiner Bürger deren Worte in Zweifel stellen“. Dem kann man nur entgegen: „wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe“.

Wie sagte der erste deutsche Kanzler Otto von Bismarck bereits vor 125 Jahren? „Niemals wird so viel gelogen, wie nach einer Jagt, bei einer Beerdigung und vor einer Wahl.“

Wie entscheidet nun der Wähler?

Wie soll sich nun der Wähler, der angebliche Souverän, bei der kommenden Wahl entscheiden? Emotional, oder sachbezogen?

Dabei werden aber die Wähler von Mehrheitsmeinungen mehr beeinflusst, als ihnen häufig bewusst ist. Je mehr Menschen eine Meinung teilen, umso größer wird der Gruppendruck eine persönliche vorher von der Gruppe abweichende Meinung, wider besseres Wissen, selbst als falsch zu bezeichnen.

Durch ständiges Wiederholen von „Oben“ erwünschten Inhalten, glaubt der Bürger schließlich an deren Wahrheitsgehalt. Viele werden wieder, wie immer, eine Partei oder deren Wahlkreiskandidat wählen, ohne wahrzunehmen, dass sie denen ihre Stimme geben, die uns das eingebrockt haben was wir jetzt und unsere Nachkommen in Zukunft ausbaden müssen.

Wir erkennen also, „Wer immer nur das tut, was er immer schon getan hat, der wird auch immer das bekommen, was er immer schon bekommen hat“.

Bedenken wir so zum Beispiel, dass in diesem Land die Steuern und gesetzlich vom Staat geregelten Abgaben so hoch sind wie noch nie zuvor. Dennoch ist der deutsche Bundesstaat, einschließlich Länder und Gemeinden pro Staatsbürger (vom Baby bis zum Greis) mit je satten 25.000 EURO Schulden belastet. Die Menschen müssen immer längere Wege in Kauf nehmen, zur Arbeit, zu Behördengängen, zum täglichen Einkauf, da Zentralismus und Bürokratismus immer mehr forciert werden.

Noch nie gab es so viele Gesetze und Verordnungen in unserem Land, die das Miteinander oder auch Gegeneinander zwischen Bürger und Staat regeln sollen.

Mehr Sicherheit wird vermisst, trotz zunehmenden Einschränkungen der persönlichen Freiheiten und mittels gefühlt immer stärkerer Überwachung des persönlichen Bereichs (der gläserner Mensch lässt grüßen). Kosten für Energie, insbesondere für elektrischen Strom steigen ständig durch staatliche und von der Politik sanktionierte Eingriffe und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Weitere Beispiele gibt es ohne Ende.

Wenn jemand jetzt eine Wahlempfehlung erwartet, wird er enttäuscht sein. Aber dennoch eine vorsichtige Prognose sei erlaubt, in Deutschland ist noch nie ein Herausforderer für den Platz im Bundeskanzleramt wegen seines tollen Wahlprogramms gewählt worden. Vielmehr ist der Amtsinhaber bestenfalls abgewählt worden.

Es werden auch nicht die besseren Problemlöser gewählt, sondern die, welche die bessere Show liefern.

Und wenn dann eine Partei bei der Wahl total abstürzt, dann bedeutet das natürlich kein Umdenken bezüglich ihrer Politik, sondern dem Wähler wird unterstellt, dass er nicht fähig ist die Politik richtig zu verstehen und jetzt muss erst recht ein Mehr dieser missverstandenen Politik durchgesetzt werden.

Fazit

Eigentlich sind die Wahlen, so wie sie derzeit durchgeführt werden eine Farce. Die Wahlgesetzgebung und die Bestimmungen über Regierungsbildung und Parlamentsarbeit müsste dringend auf den Prüfstand, um sie analog dem jetzigen Demokratieverständnis zu reformieren. Wer genau hinschaut, entdeckt Praktiken, die aus feudalen Zeiten stammen und sich über 150 Jahre in Form von Privilegien für die gewählten Mandatsträger erhalten haben.

Des Weiteren ist zu fragen, ob es richtig ist, dass etwa 21 Millionen der Wahlberechtigten im Deutschen Bundestag keinerlei Fürsprecher haben. Davon etwa 15 Millionen, die aus welchen Gründen auch immer der Wahl ferngeblieben sind, aber auch 6 Millionen derer, die Parteien gewählt haben, die an der 5-Prozent-Hürde gescheitert sind.

Am Ende der Wahlen zählt nicht, wie viele Menschen wahlberechtigt waren und zur Wahl gegangen sind, oder aus für sie unterschiedlichsten Gründen nicht zur Wahl gingen.

Für die Parteien zählt nur der errungene Stimmenanteil.

Der mündige Bürger müsste sich politisch mehr engagieren und darf missliche Zustände nicht einfach hinnehmen. Wir werden sonst erleben, dass die Steuerung der duldsamen Massen durch gut organisierte Minderheiten weitergeht.

Viele Menschen werden aus übernommener Bürgerpflicht heraus zur Wahl gehen, dafür aber versuchen aus ihrer Sicht das „kleinere Übel“ zu wählen ohne zu merken, dass sie schon lange vorher manipuliert worden sind. Aber was ist wirklich das kleinere Übel?

Der französische Kaiser Napoleon Bonaparte hatte schon vor über 200 Jahren erkannt: „Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das Deutsche. Keine Lüge kann grob genug sein, als dass sie die Deutschen nicht glauben. Um einer Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre eigenen Landsleute mit größerer Erbitterung, als ihre wirklichen Feinde“.

Zum Schluss noch eine Erkenntnis, die von einem noch aktiven deutschen Politiker stammen soll: „Diejenigen, die in Deutschland das Sagen haben sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt wurden, haben nichts zu sagen“.

Und nun, viel Fingerspitzengefühl bei der „Stimmenabgabe“.

Dietger Döhle
Velbert, 01.09.2017

Ärger um Jugendschutz auf Stufenparty

Für unter 18-jährige endete eine Stufenparty der Gesamtschüler um Mitternacht vorzeitig. Das Velberter Ordnungsamt schickte diese Jugendlichen nach Hause. Um 24 Uhr war für diese Betroffenen die Party zu Ende, obwohl einige von ihren Eltern eine Genehmigung vorzeigen konnten, auch bis nach Mitternacht feiern zu können. Selbst die Schulleiterin der Gesamtschule, zeigte ihr Unverständnis, denn alle Feiern seien bis jetzt konfliktfrei von statten gegangen.

Man kann gut verstehen, dass die Jugendlichen konsterniert waren, denn hinter jeder Stufenparty steckt auch eine Menge Organisation und Arbeit und es kostet Geld. Ich halte zwar den Jugendschutz für sehr wichtig, würde mir aber trotzdem etwas mehr Fingerspitzengefühl des Ordnungsamtes wünschen. Wo sind die Mitarbeiter des Ordnungsamtes, wenn es um die Sauberkeit der Stadt, Kontrolle des ruhenden Verkehrs, Trinkorgien auf Spielplätzen oder Haltestellen geht? Dort hat man den Eindruck, es wird vorbeigesehen, oder besser es wird mit dem Auto gar nicht angehalten, sondern ohne Kommentar weitergefahren. Hier wäre das Ordnungsamt dringend gefordert.

Im Fall der Stufenparty, könnte der Eindruck entstehen, hier wird gegen einen Betreiber einer Gaststätte gearbeitet. Unverständlich ist für mich auch, wenn der Betreiber des Karsten´s im Sportzentrum schon lange auf einen Termin beim Ordnungsamt wartet, um eventuelle Probleme zu klären. So wird keine Bürgernähe praktiziert liebes Ordnungsamt. Es wäre schön, wenn kurzfristig ein Umdenken stattfinden könnte.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 08.09.2017

Netto öffnet Mitte November in Neviges

Gratulation an [die Werbegemeinschaft Neviges \(WGN\)](#), sie hat das geschafft, was der Verwaltung trotz vollmundiger Sprüche nicht gelungen ist, es kommt wieder ein Supermarkt nach Neviges Mitte. Der Discounter Netto unterschrieb einen Mietvertrag für die ehemalige Rewe – Filiale.

Am 14. November will Netto an der Bernsaustraße eröffnen. Ein Mitglied der WGN hatte bereits Kontakt mit Netto aufgenommen, als sich der Rückzug von Rewe abzeichnete und jetzt sieht man, wie so etwas funktioniert. Es kennzeichnet die Situation in der Wirtschaftsförderung der Stadt Velbert, dass eine Mitarbeiterin froh ist, dass von Netto diese positive Entscheidung gefallen ist.

Es wäre schön, wenn man einmal berichten könnte, dass die Wirtschaftsförderung mal so etwas erreicht hätte. Aber gut, dass die Werbegemeinschaft Neviges immer ihren Stadtteil mit ihren Mitbürgern im Fokus hat. Nochmal vielen Dank dafür.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 13.09.2017

Reiten bald auf vielen Waldwegen möglich

Am 1. Januar 2018 tritt das neue Landesnaturschutzgesetz in Kraft und man fragt sich, was die alte Landesregierung wohl geritten hat, so etwas zu beschließen. Das neue Landesnaturschutzgesetz erlaubt den Reitern geeignete Waldwege zu benutzen. Aber wer bestimmt was geeignet ist?

Ich gönne wirklich jedem Reiter sein Hobby, aber ich denke, man muss hier unbedingt trennen zwischen Erholungssuchenden und Reitern. In Velbert und im Kreis beraten Städte, Waldbesitzer und Vertreter der Reiter, welche Wege von der allgemeinen Regelung ausgeschlossen werden sollen. Hier kann man nur auf eine schnelle Einigung hoffen. Vor allem auf Wanderwegen sind Konflikte jetzt schon vorprogrammiert.

Wer schon im dicksten Regen, Reiter beobachtet hat, die im Trab über die weichen Waldwege reiten, dass die Erdbrocken hochfliegen, wird mir sicherlich zustimmen. Wer trägt dann die Kosten? Wenn jeder Rücksicht auf den anderen nehmen würde, könnten wir uns diese Diskussion sparen, da es vielen Reitern nur darum geht, eine ruhige Runde durch den Wald zu gehen. Aber leider gibt es viele Unverbesserliche.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 26.10.2017

Brückenschlag gelingt problemlos

Man glaubt es kaum aber nach mehrwöchiger Verspätung ist endlich die 17 Meter lange Aluminiumkonstruktion der Brücke für den neuen Radweg am Deilbach von Nierenhof nach Kupferdreh eingetroffen. Frau Daube und ich haben uns schon seit langen Jahren immer wieder für den Radweg eingesetzt und Vorschläge für eine damals kostengünstige Brücke über den Deilbach gemacht. Jetzt ist es eine 145.000,- Euro teure Aluminium-Beton-Konstruktion geworden, die zudem noch am Bodensee bestellt wurde. Wir fragen uns: Muss das sein? Gibt es in Velbert oder Umgebung keinen Betrieb, der so etwas herstellen kann und geht es nicht kostengünstiger? Aber sollte es jetzt vorwärtsgehen, wäre ja wenigstens etwas erreicht.

Von der Stadt Velbert soll nun die Asphaltdecke zwischen Brücke und Ziegeleiweg aufgebracht werden.

Es leuchtet ein, dass es keinen Sinn ergab, diese Arbeiten vor dem Befahren des Schwerlasttransporters, der die Brücke geliefert hat, durchzuführen.

Aber dass sich jetzt erst herausstellt, dass das Team, welches auf der Essener Seite den Radwegbau vorantreibt, noch nicht fertig ist und noch diverse Arbeiten vornehmen muss, deutet doch wohl auf sehr schlechte Absprachen zwischen Velberter und Essener Behörden hin.

Aber sei es drum, wir hoffen, dass dieser Radweg bald in Betrieb genommen werden kann, denn damit wäre unser Wunsch endlich umgesetzt.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 09.11.2017

Schandfleck auf dem Evangelischen Friedhof in Langenberg

Seit Jahren befindet sich auf dem evangelischen Friedhof in Langenberg ein mit einem Bauzaun abgesichertes Grab. Man sieht zwar von außen, dass im hinteren Bereich in der Mauer einige Steine gelockert sind und dies zwecks Gefahrenabwehr wahrscheinlich der Grund des Bauzaunes ist. Aber wir weisen bei den Technischen Betrieben Velbert schon seit Jahren auf den MIsstand hin und nichts wird geändert.



Der Friedhof ist allgemein in einen Top-Zustand. Die Mitarbeiter der TBV leisten hier eine tolle Arbeit aber dieser Bauzaun passt einfach nicht auf den Friedhof. Bitte liebe TBV bringt die Gruft kurzfristig wieder in einen verkehrssicheren Zustand und entfernt diesen hässlichen Bauzaun.

Dirk aus dem Siepen
Fraktionsvorsitzender UVB Velbert
Velbert, 18.11.2017

Haushaltsrede der UVB

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

Es wird Sie nicht wundern, dass wir auch dieses Jahr dem Haushalt 2018 nicht blind zustimmen können. Wir sind der Meinung, dass die Haushaltszahlen auf einer Reihe von Hoffnungen und Risiken aufgebaut sind.

Dass es falsch war, im vergangenen Jahr dem Haushalt 2017 ohne Überlegungen zuzustimmen, zeigt sich jetzt bei der Verabschiedung des Haushalts 2018, da die Bezirksregierung den Haushalt 2017 bis zur Einbringung des Haushalts 2018 noch nicht genehmigt hat. Also muss ja wohl Einiges nicht so eingetreten sein, wie von der Verwaltung im Haushalt 2017 prognostiziert worden ist. Aus diesem Grund haben wir von der Wählergemeinschaft UVB dem Haushalt 2017 auch nicht zugestimmt.

Im Gegensatz zum Haushaltsplanentwurf 2017 haben sich für 2018 einige Haushaltsansätze deutlich verbessert. So schlagen Veränderungen bei den Schlüsselzuweisungen i.H.v. 1.000.000,- Euro positiv zu Buche. Auch wird die Kreisumlagebelastung um 1.550.000,- Euro niedriger ausfallen.

Trotz dieser deutlichen Haushaltsverbesserungen für 2018 ergeben sich große Risiken für den Haushalt 2018, die wir wie folgt begründen wollen:

Bei dem jetzigen Haushalt ist bis heute nicht vorauszusehen, wie sich zum Beispiel die Situation bei der Vergnügungssteuer weiter entwickeln wird. Aufgrund des neuen Glücksspielstaatsvertrages werden sich ab dem 01.12.2017 deutliche Veränderungen bei der Ansiedlung von Spielhallen, etc. ergeben, die unmittelbare negative Auswirkungen auf die Zahlung von Vergnügungssteuer haben wird.

Die hochgelobten Gewerbesteuererinnahmen können sich von jetzt auf gleich drastisch ändern. Gewerbesteuererstattungen aufgrund steuerrechtlicher Konstruktionsmodelle bei unseren Velberter Konzernen können jederzeit den Haushalt negativ beeinflussen. Die Einnahmeseite (Gewerbesteuer) muss unbedingt weiter gestärkt werden. Die ansässigen Betriebe müssen durch die Wirtschaftsförderung besser betreut werden und es sollte unbedingt eine professionelle Akquise auf dem umliegenden Wirtschaftsmarkt erfolgen.

Die Aufwendungen für Personal sind im Haushalt 2018 und für die Folgejahre unserer Meinung nach zu niedrig angesetzt worden. Die Lohnsteigerungen im Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbereich belaufen sich seit Jahren zwischen 2% und 3%. Ein solcher Ansatz wäre haushaltspolitisch richtig gewesen.

Aufgrund der zahlreichen zuschussfähigen Investitionsmaßnahmen laufen wir weiterhin Gefahr, dass sich Beanstandungen ergeben, die zu einer Rückforderung von Zuwendungen in erheblicher Größenordnung führen können. Wir verweisen hier auf den endgültigen Beschluss des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 11.08.2017 zur Baumaßnahme „Neu/Ausbau Bahnhof-/Siemens-/Talstraße“. Das Gerichtsverfahren führte zu einer rechtskräftigen Rückzahlung von Zuwendungen i.H.v. 2.532.200,- Euro.

Die Kosten für die Musik- und Kunstschule Velbert sind im Landesvergleich zu hoch. Wir erwarten spürbare Einsparungen bei der Kunst- und Musikschule durch ein

neues Konzept. Warum erfolgt nicht ein Vergleich der Kosten mit den umliegenden Kunst- und Musikschulen und warum prüft man nicht, ob eine Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten möglich ist um Synergieeffekte zu erreichen?

Den Gewinn im jetzigen Haushalt 2018 sollten wir nicht für weitere Investitionen für Großprojekte (Fußballstadion) stecken, sondern zukunftsweisend investieren, zum Beispiel in vernünftige Digitalisierung der Stadtverwaltung, um bessere Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern und auch innerhalb der städtischen Abteilungen bzw. Gesellschaften zu erzielen. Dies spart Zeit, Ärger und Kosten.

Wir begrüßen, dass mit der Umgestaltung städtischer Gesellschaften der richtige Weg eingeschlagen wird. Wir erwarten bei Zuzug von Neubürgern, nicht nur ausreichende und wohnortnahe Kitaplätze, Schulen und Sportmöglichkeiten, sondern auch, dass bei Häuslebauern mal zügig, verständlich und unbürokratische von den Fachabteilungen mit und für den Bauherren gearbeitet und entschieden wird.

Die qualifizierten Mitarbeiter der Fachabteilungen sollten auch einmal ihren Ideenreichtum einbringen können, statt immer sofort Gutachter auch bei kleineren Dingen zu beauftragen. Gleichzeitig erwarten wir, wenn schon Gutachten beauftragt werden müssen, dass es für den Gutachter absolut konkrete Vorgaben gibt und dass die Gutachterkosten nicht höher ausfallen, als die geplanten Kosten für das Projekt.

Ausgesprochen kontraproduktiv fanden wir den gefassten Beschluss der letzten Landesregierung, den Ausschussvorsitzenden wegen Mehrarbeit eine deutlich höhere monatliche Pauschale zu bezahlen, obwohl laut Aufstellung der Verwaltung in 2016 der Kulturausschuss nur 3 mal im Jahr getagt hat und die Bezirksausschüsse der einzelnen Stadtteile nur 4 mal im Jahr. Besonders traurig ist, dass sich ein Mitglied des Velberter Rates noch damit rühmt „an diesem Beschluss mitgearbeitet zu haben“. Dieser unserer Meinung nach unsinnige Beschluss kostet die Stadt Velbert jährlich ca. 85.000,- Euro.

Trotz all unserer Bedenken werden wir dem Haushalt 2018 dieses Jahr zustimmen.

Bedanken möchten wir uns beim Kämmerer und seinen Mitarbeitern, die wieder unermüdlich gearbeitet haben und uns umfangreich Rede und Antwort gestanden haben. Vielen Dank!